

Pränumerations-Preise:

Für Salzbach:
Ganzjährig . . . 8 fl. 40 kr.
Halbjährig . . . 4 „ 20 „
Vierteljährig . . . 2 „ 10 „
Monatlich . . . — „ 70 „

Mit der Post:
Ganzjährig . . . 12 fl.
Halbjährig . . . 6 „
Vierteljährig . . . 3 „

Für Anstellung ins Haus:
Viertelj. 25 kr., monatl. 9 kr.

Einzeln Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaction:

Bahnhofgasse Nr. 15.

Expeditions- & Inseraten:

Bureau:

Kongressplatz Nr. 2 (Buchhandlung von Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile à 4 kr., bei wiederholter Einschaltung à 3 kr.
Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten öfterer Einschaltung halber Rabatts.
Für complicirten Satz besondere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 227.

Mittwoch, 3. Oktober 1877. — Morgen: Franz Ser.

10. Jahrgang.

Vom Tage.

Der „Voss. Ztg.“ wird aus Wien über eine in Oesterreich bevorstehende Ministerkrise berichtet. Die österreichische Regierung warte angeblich nur darauf, um den Ausgleich mit Ungarn fertig zu bringen, und werde sich dann einer totalen Neubildung des Cabinets unterziehen. Gerüchte melden: Minister Freiherr von Tasser werde sich aus Gesundheitsrücksichten zurückziehen, der Minister-Präsident Fürst Auerberg und Minister Dr. Unger seien regierungsmüde, Dr. Herbst soll mit der Function des Ministerpräsidenten und der Bürgermeister der Reichshauptstadt Wien, Dr. Feldner, mit dem Portefeuille des Ministers des Innern betraut werden.

Die öffentlichen Blätter beschäftigen sich mit dem in jüngster Zeit in Siebenbürgen geplanten, jedoch durch die Sicherheitsorgane rechtzeitig vereitelten Putschversuch; die Urheber desselben sollen Engländer und Polen sein. Man bezeichnete Klappa als den Impulsgeber, aber dieser sendete unterm 1. d. aus Paris folgende Depesche an die Redaction des „Ellendr.“ ab: „Diese Blätter bringen Telegramme, die, sich auf den „Ellendr.“ berufend, meine Theilnahme an der geplanten Bewegung an der siebenbürgischen Grenze melden. Ich bitte, diese Nachricht zu dementieren, weil ich von dieser Bewegung absolut keine Kenntnis hatte und jedes ähnliche Unternehmen mißbillige, welches Ungarn nur Schaden könnte, ohne der Türkei zu nützen.“ Es verlautet, daß das meiste Geld für das Unternehmen (2000 Pfund) der bekannte englische Turko-phile Buttler-Johnston hergab. Das übrige Geld stellten die Türken zur Verfügung. Dafür wurden angekauft: 1000 Martini-Gewehre, 50,000 Patronen, 400 Fz. Alles wurde confiscirt.

Wie der „D. Petersb. Ztg.“ aus Wien mitgetheilt wird, zog man bei der Salzburger Entrevue die Möglichkeit in Erwägung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsame Schritte gegen die Pforte insofern unternehmen wollen, daß sie der Pforte im geeigneten Zeitpunkte eine vorläufige Einstellung des Krieges anbefehlen werden. Die Ausführung dieses einverständlichen Beschlusses Deutschlands und Oesterreichs hängt jedoch von den Wendungen des Kriegsglückes ab, und ist in erster Linie für den Fall vorgesehen, daß Rußlands Armeen zurückweichen müssen. (?)

Das „Memorial Diplomatique“ bringt Nachricht, daß der ägyptische Prinz Hassan im Auftrage des Sultans Ende Oktober nach London reisen werde, um der englischen Regierung mitzutheilen, zu welchen Friedensbedingungen die Pforte sich bereit finden würde.

Die in Rußland, beziehungsweise in Kiew, Moskau, Odessa, Petersburg u. a. D. agitierende republikanische, socialistische oder nihilistische Partei

eilt dem Laufe der Weltgeschichte weit voraus, sie erlaube sich, in allen genannten Städten durch auf Straßenecken affigirte Placate der Bevölkerung mitzutheilen, daß der Zar seinen getreuen Unterthanen die Einführung einer Verfassung versprach.

Frankreich documentiert seit dem letzten Kriege eine bewunderungswürdige Weisheit, Mäßigung und Selbstbeherrschung, Frankreichs Bürger achten das Gesetz und scheuen sich nicht, ihre Sehnsucht nach einer freien Regierung offen kundzugeben, ohne die Schranken des Erlaubten zu überschreiten. Diese Haltung erfährt in den Augen Europa's ungeheißte Sympathien. Die Parteien eröffnen bereits den Wahlkampf, Bonapartisten und Legitimisten gerathen schon in Conflict, und es steht nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß Gewaltmaßregeln in Anwendung kommen. Der Klerus ist, wie überall, auch in Frankreich eifrigst besorgt, nach seiner Schablone Wahlkandidaten aufzustellen; die Ultramontanen richten ihr Gebet himmelwärts, damit die gott- und religionslose Republik nur recht bald vom Schauplatz verschwinde.

Unter den Insurgenten in Bosnien herrscht Uneinigkeit; man ist, wie die „Times“ aus Belgrad erfahren, geneigt, mit der Hohen Pforte unter nachstehenden Bedingungen zu unterhandeln: Gänzliche Amnestie für die Insurgenten und deren Führer; Niederlassung auf Regierungs-Ländereien, um der Abhängigkeit von den Wegs zu entgehen; Regierungsunterstützung zum Wiederaufbau der Häuser; Unterstützung zum Ankauf von Vieh und des für die nächste Saison nöthigen Saatgetreides; wenigstens zweijährige Befreiung von Steuern.

Die englischen Journale sprechen sich über die russische Heeresleitung sehr abfällig aus, kritisieren die Fehlgänge der Heerführer und des Generalstabes und heben die Unfähigkeit der Armeekommandanten mit der Bemerkung hervor, daß Rußland an einen Winterfeldzug nicht denken könne.

Zur Steuerreform.

In der am 29. v. M. stattgefundenen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der Abgeordnete für Krain, Dr. Adolph Schaffer, über den entscheidenden Punkt des neuen Personaleinkommensteuer-Gesetzes — ob dieselbe nämlich als eine Contingents- oder als eine Prozentsteuer eingeführt werden solle — eine längere Rede, die nach dem stenographischen Protokolle wörtlich lautet, wie folgt:

„Die Frage, in deren Verathung sich das hohe Haus gegenwärtig befindet, ist, wenn ich auch nicht sagen will, die allerwichtigste, so doch jedenfalls eine der wichtigsten im ganzen Gesetze, und wenn ich auch mit so vielen Behauptungen meines sehr verehrten Vorredners, des Herrn Abgeordneten des zweiten Bezirkes in Wien, nicht übereinstimme, so gebe ich ihm

doch allerdings darin recht, daß von einer günstigen und entsprechenden Lösung dieser Frage im wesentlichen überhaupt das Schicksal des ganzen geplanten Reformwerkes abhängt.

Es ist schon über die heutige Controverse, ob Contingentierung oder Prozentsteuer, in der Generaldebatte und dann wieder in den Reden der vorgestrigen und heutigen Sitzung so eingehend gesprochen worden, es ist insbesondere auch schon die Meinung, welche ich hier zu vertreten mir erlauben werde, mit so vielen und durchschlagenden Gründen beleuchtet worden, daß ich im voraus das hohe Haus um Verzeihung bitten muß, wenn im Verlaufe meiner Ausführungen naturnothwendig, wenn auch nur kurz, einer oder der andere der schon berührten Gesichtspunkte neuerdings auftauchen sollte.

Man hat es versucht, von Seite der Gegner des Contingentierungsprinzips dasselbe vielfach als ein in Wissenschaft und Praxis noch ziemlich fremdes, als ein nirgends anerkanntes vorzuführen, und doch ist ja Ihnen bereits von anderer Seite wiederholt das gerade Gegentheil an der Hand von Daten dargelegt worden.

Ich möchte hier nur gegenüber einer Bemerkung des sehr beredten Herrn Vertreters der Leopoldstadt, nämlich gegenüber dem von ihm angeführten Beispiele bezüglich Italiens eine ganz kurze Erwiderung einschalten. Mir scheint denn doch dieses Beispiel nicht vollständig zutreffend zu sein, um als Gegenargument gegen das von uns vertretene Prinzip ins Feld geführt zu werden. Denn die damalige Steuer war ja eine gänzlich und wesentlich von der verschiedenen, die jetzt hier eingeführt werden soll. Es handelte sich damals um eine ganz andere, völlig verschiedene Steuerbasis, nur um eine Einkommensteuer nur auf das bewegliche Vermögen, welche viel eher mit der bei uns derzeit bestehenden, so allseitig verurtheilten Einkommensteuer, als mit der neu einzuführenden hätte verglichen werden können. Ein sicherer Maßstab für oder gegen das Contingentierungsprinzip kann somit aus den in Italien gemachten Erfahrungen nicht herübergenommen werden. (Rufe: Sehr wahr!)

Wenn wir insbesondere auf Oesterreich unsern Blick werfen, so ist auch hier das Prinzip der Contingentierung ein durchaus nicht fremdes, vielmehr in Fachkreisen vielfach erörtert und befürwortet. Ich erinnere, meine Herren, an die bekannte Immediatkommission des Jahres 1859, in welcher hervorragende Fachmänner vertreten waren, deren Meinung in der überwiegenden Mehrheit dahin ging, daß dieses Prinzip geradezu die Voraussetzung einer Reform sämmtlicher Ertragssteuern in Oesterreich bilde. Dieses Prinzip kam in den Steuervorlagen der Jahre 1863 und 1864 ebenfalls zum Ausdruck; allerdings wurde es in den Vorlagen des Jahres 1869 darum verlassen, weil damals überhaupt im allgemeinen nur Katastergesetze vorgelegt wurden,

weil hier von jeder ziffermäßigen Bestimmung abgesehen wurde, und weil damals die Einkommensteuer nicht den suppletorischen Charakter wie die jetztige hatte, sondern als Glied eines großen allgemeinen Reformwerkes der direkten Steuer figurieren sollte.

Wie sieht es nun aber mit den vielgepriesenen Vortheilen der Prozentsteuer eigentlich aus? Von Seite der Anhänger derselben wird die Sache ungemein einfach und verlockend dargestellt. Man habe nur mit einem sehr geringen Prozentsatz zu beginnen, dann sei auf die vollkommene Wahrhaftigkeit der Steuerträger zu rechnen, das Ergebnis werde ein außerordentlich günstiges sein, man gewinne die so ersuchte „breite Basis“, die Steuer sei von selbst elastisch, und ohne weitere Bemühung von Seite des Parlaments oder der Regierung werde eine neue Einnahmequelle eröffnet werden, von der in nicht zu langer Zeit am Ende vielleicht gar die Beseitigung des Defizites erwartet werden könne. Wenn sich die Dinge wirklich so einfach verhielten, so wäre allerdings der Vorschlag ein sehr erfreulicher. Aber so haben sie sich in der Praxis nirgends gestaltet, am allerwenigsten würden sie sich bei uns und bei der ersten Einschätzung in dieser Weise gestalten.

Ich bitte nur zu bedenken, daß wir ja immer mit der Thatsache rechnen müssen, daß unsere neue Personal-Einkommensteuer ein ganz bestimmtes Erträgnis zu liefern hat, in Folge dessen wir nicht in der Lage sind, den Prozentsatz so gewissermaßen einladend ungeheuer niedrig anzusetzen, sondern wenn wir ein bestimmtes Erträgnis in Aussicht nehmen — nämlich ein Erträgnis, wie wir es nothwendig brauchen, — so werden wir ohne allen Zweifel auf einen Prozentsatz kommen, wo man entweder schon die unteren Klassen empfindlich belastet oder in den höheren Klassen so sehr steigt, daß von einer einigermaßen wahrhaften Einkommensbestimmung nicht mehr die Rede sein könnte.

Es ist also, wie gesagt, theoretisch vielleicht eine richtige Anschauung, welche die Herren Prozentualisten vertreten, in der Praxis aber nicht durchführbar; von dem geträumten geringen Prozente könnte in Wirklichkeit keine Rede sein. Man würde damit nicht das Auskommen finden, und wer mit den Thatsachen rechnet, muß von diesen Vortheilen der Prozentsteuer, die bloß aus der Niedrigkeit des Satzes resultieren sollen, einfach absehen.

Welches Interesse hätte auch bei der Prozentsteuer der Steuerträger, sich wahrheitsgetreu — oder wenigstens möglichst wahrheitsgetreu — zu fateren?

Wie ganz anders stehen in dieser Beziehung die Dinge bei der Contingentsteuer, wo es — was auch dagegen gesagt werden mag — doch nicht zu leugnen ist, daß eine Solidarität der Steuerträger eintritt und die Gemeinsamkeit der Interessen von wohlthätiger Folge auf die Einschätzung sein muß. Es ist doch eine Thatsache, daß bei der Contingentierung jeder Einzelne von einer günstigen Einschätzung der anderen Steuerträger Vortheil zieht, ein für das Gesamtergebnis förderndes Moment, das bei der Prozentsteuer ganz fehlt.

Man hat immer das so viel citierte Beispiel von Cattaro und Budweis im Auge und sagt: Was kümmert es die Kommission in Budweis, wie die in Cattaro einschätzt, und die in Cattaro, wie die in Budweis einschätzt? Aber abgesehen davon, daß ich auch das nicht für völlig wirkungslos halte, kommt es weniger darauf an, als daß die Budweiser sich gegenseitig und die Cattarer sich gegenseitig im Auge behalten und Sorge tragen, daß eine gleichmäßige Einschätzung stattfindet (Ruse: Sehr richtig!), und darüber, glaube ich, kann kein Zweifel sein, daß in diesem Sinne die Gemeinsamkeit der Interessen sehr wohlthätige Folgen haben wird. Man kann übrigens über diese Solidarität vom Standpunkte der Gegner pessimistische Anschauungen haben, aber gewiß werden auch die Gegner zugeben: sie kann wenigstens wirksam werden, während bei der Prozentsteuer ein derartiges corrigierendes Moment in keiner Weise plangreift; man wird es hier

nur mit dem einseitigen Trachten des Einzelnen zu thun haben, möglichst niedrig eingeschätzt zu werden, mit dem Bewußtsein, daß er für alle Fälle damit am besten fährt.

Die Prozentsteuer soll — wird bei ihr auch weiter angeführt — eine Garantie sein für die Sicherheit der Einzelwirtschaft, weil dieselbe dabei leichter ihre Rechnung machen und prosperieren könne, aber was gibt denn der Einzelwirtschaft die Garantie bei der Prozentsteuer, daß nicht ebenfalls erhöht wird? Mit diesem Factum muß man auch bei dieser rechnen, und mit ihm wird von der Bevölkerung bei der Einschätzung zum großen Nachtheile derselben ganz entschieden gerechnet werden.

Ein anderer Einwand, der gemacht worden ist, womit man meint, sehr viel gegen die Contingentierung gesagt zu haben, ist der: das Parlament könne ja mit dieser Steuer Mißbrauch treiben. Es könne heute von einer Contingentierung mit 15 Millionen, im nächsten Jahre von einer Contingentierung mit 20 Millionen die Rede sein. Dagegen ist zweierlei zu bedenken: Einmal ist es doch mehr als merkwürdig, wenn aus unserer Mitte und immerfort Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse der Steuerträger zugemuthet wird, wenn man uns zumuthet, daß wir im gegebenen Momente nicht die richtige Mitte zu halten wissen werden; und zweitens ist auch hier der ganz gleiche Fall bei der Prozentsteuer. Das Parlament, welches nicht Maß halten wird in der Ausschreibung des Contingentes, wird sich auch keine Reserve auflegen in der Ausschreibung der Prozente. Die Gefahr ist in beiden Fällen dieselbe. Dieses Argument kann daher weder pro noch contra angeführt werden.

Etwas weiteres aber ist zu bedenken, meine Herren! Die neue Steuer hat doch als ihre wesentliche Function auch den Charakter einer Ausgleichsteuer, und da, wo es sich darum handelt, die bestehenden Ungleichheiten zwischen den einzelnen Ländern und die Härten zwischen den einzelnen Kategorien von Steuerträgern auszugleichen, da kann gar kein Zweifel bestehen, daß diese wohlthätige Function von den Kommissionen in viel größerem Maße erfüllt werden wird bei der Contingentsteuer, als dies der Fall sein wird bei der Prozentsteuer. Bei der Contingentsteuer hat die Einschätzung auf ein bestimmtes Einkommen, auf einen bestimmten Betrag zu erfolgen, welcher überall den gleichen Maßstab den Kommissionen geben wird. Erfolgt die Einschätzung bei der Prozentsteuer, so ist gar kein Zweifel, daß die bisherige Leistung ins Auge gefaßt werden wird, daß die Einschätzung auf die bisherigen Steuersätze erfolgen wird, und daß nur zu den bestehenden Ungleichheiten noch neue hinzukommen.

Wenn ferner den Anhängern des Contingentierungsprinzips Unaufrichtigkeit vorgeworfen wird, so kann ich auch davon nichts merken. Ich glaube, es ist doch keine Unaufrichtigkeit, wenn offen gegenüber der Bevölkerung ausgesprochen wird, es sei dieser Betrag aufzubringen, mit weniger sei das Auslangen nicht zu finden. Es wird in keiner Weise mit jener Summe eine Heimlichkeit getrieben oder nicht offen bekannt, in welchem Maße die Steuerträger in ihrer Gesamtheit herangezogen werden sollen.

Wenn dann auch das Wort „unbekannte Größe“ gegen das Contingent ausgesprochen worden ist, so ist das wieder ein Punkt, der in viel erhöhterem Maße von der Prozentsteuer gilt. Etwas Unbekanntes als das Resultat der Prozentsteuer kann es füglich nicht geben, und in keiner Weise kann von den Anhängern dieser Steuer bezüglich der ziffermäßigen Höhe, bezüglich des Ertrages derselben auch nur die geringste Garantie übernommen werden.

Meine Herren, ich werde nicht näher mehr eingehen auf das schon wiederholt hervorgehobene politische, oder wenn ich so sagen will, auf das constitutionelle Moment. Mein sehr geehrter Freund, der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer, hat bereits in der Begründung des Minoritätsvotums diese Seite der Frage zur Genüge gekenn-

zeichnet, und wenn heute versucht worden ist von Seite meines Herrn Vorredners, des hochgeehrten Herrn Abgeordneten des zweiten Wiener Bezirkes, seine Auffassung als irrig darzustellen, möchte ich mir erlauben, mit gütiger Erlaubnis des Herrn Präsidenten nur ganz wenige Worte des preussischen Kommissionsberichts über die Abänderung der Einkommensteuer aus dem Jahre 1873 vorzulesen, um das Stichhaltige dieser Auffassung, die Position, welche zwischen dem Parlamente und der Regierung geherrscht hat, und die merkwürdige Verkehrung des Standpunktes, wie sie bei uns jetzt plangreift, zu beleuchten. In dem damaligen Kommissionsberichte heißt es (liest):

„Die einzige sichere Garantie liege in einer gesetzlichen Fixierung des Steuerbetrages.“ Und dann weiter (liest):

„Die Fixierung des Steuerbetrages sei das einzige Mittel, um dem jetzt gar nicht zu entscheidenden Streit darüber, ob die neue Scala und das neue System zu einer Steuererleichterung oder Erhöhung führe, ein Ende zu machen. Nach Annahme der Contingentierung hätten Staatsregierung und Landesvertretung das gleiche Interesse, die Steuerlast nach richtigen Grundsätzen und gleichmäßig unter den Steuerpflichtigen zu vertheilen. Es müsse der Staatsregierung von größtem Werthe sein und ihre Stellung der Landesvertretung und dem Lande gegenüber dadurch erheblich gebessert und gestärkt werden, daß die Fixierung des Steuerbetrages alle Klagen über die fiscalischen Neigungen der Staatsregierung und der von ihr insinuierten Organe, sowie über die fortgesetzte Anwendung der Steuerschraube beseitige. Sie stehe alsdann dem Verfahren der Einschätzungsorgane als vollständig partelloser Richter gegenüber, und ihre Anordnungen und Vorschläge würden fernerhin nicht dem Mißtrauen begegnen, als ob dieselben schließlich doch nur auf eine Vermehrung der Staatseinnahmen hinausläufen.“

In dieser Weise mußte die preussische Kommission suchen, der Regierung die Sache plausibler zu machen, um die Einstimmung zur Contingentierung damit zu erlangen, und nach längerem Delibrieren und vielen Widersprüchen erst hat sich das Ministerium bereit erklärt, auf diese Form der Besteuerung einzugehen.

Bei den Zeiten, die ich eben gelesen habe, drängt sich mir ein anderes Moment auf, welches in dieser Frage von Belang ist, ich meine die Stellung der Finanzorgane zu der Bevölkerung, eine Stellung, die derzeit gewiß keine wünschenswerthe, im Interesse der Sache und der Staatsfinanzen gelegene ist, wenn ich auch gerne zugebe, daß zu dieser Stellung die Bevölkerung durch die schlechten Erfahrungen förmlich gedrängt worden ist.

Nun ist es klar, daß bei der Contingentsteuer die Stellung der Finanzorgane gegenüber der Bevölkerung eine ganz andere ist als bei der Prozentsteuer. Das direkte Ansehen der Steuerschraube von Seite der Finanzorgane hat aufzuhören, und haben dieselben nun eine ausgleichende, ebene Wirkung zu üben; es kann bei der Contingentierung in keiner Weise eine Torquierung und Verzation, wie sie jetzt plangreift, wie sie auch bei der Prozentualsteuer plangreifen würde, zu befürchten sein. Bei Beurtheilung der heutigen Frage darf dieser Gesichtspunkt wahrlich nicht aus dem Auge gelassen werden.

(Schluß folgt.)

Vom Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Witterung ist auf dem Kriegsschauplatz eine Pause eingetreten.

Mehemed Ali soll das Oberkommando erhalten.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Bakarest vom 30. v. M.: Das Gutachten Tolstogens sei dem Großfürsten vorgelegt worden; es laute dahin, daß sehr ausgedehnte Belagerungsoperationen gegen Plewna vonnöthen sind. Die Eisenbahn von Giurgewo nach Stumnitza soll in sechs Wochen fertig

werden. Die Russen vor Plewna leiden arg durch Krankheiten; ihre Verpflegung war durch den Morast während der letzten Tage eine mangelhafte. An das Zurückgehen der russischen Armee in Winterquartiere wird noch nicht gedacht, vielmehr ist im Osten oder Westen des Kriegstheaters ein entscheidender Schlag zu gewärtigen, von dessen Ausgang erst der eventuelle Rückzug abhängen dürfte.

Die in den letztabgewichenen Tagen verbreiteten Angaben über vorgesehene neue Kämpfe zwischen der Armee des Zarewitsch und der Armee Mehmed Ali's sind unbegründet.

Die türkischen Soldaten haben Befehl erhalten, auf keinen russischen General zu feuern, damit dieselben nicht getödtet oder kampfunfähig gemacht und ersetzt werden.

Politische Rundschau.

Laibach, 3. Oktober.

Inland. Der Vertreter Deutschlands in den Zollangelegenheiten, Geheimrath Huber, hat sich in voriger Woche von Wien nach Berlin begeben. Vorgestern endlich haben die dort weilenden deutschen Unterhändler die so lange erwarteten Instruktionen erhalten, und gestern wurden die Verhandlungen der österreichisch-ungarisch-deutschen Zollkonferenz im Ministerium des Aeußern wieder aufgenommen. Die Berathung dauerte fünf Stunden, es wurden aber bloß einige, obwohl sehr wichtige Posten erledigt; die Konferenzen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Allem Anscheine nach enthalten die neuen deutschen Instruktionen bestimmte, wenn auch nicht weit gehende Concessionen.

Ausland. Aus London werden neuerdings Friedensgerüchte verbreitet. Wie verlautet, erwartet Earl Derby nur den Grafen Münster, um Verhandlungen anzuknüpfen.

Der dänische Reichstag wurde von dem Conseilspräsidenten ohne Thronrede eröffnet. Das Budget für 1878/79 wurde dem Folkething und sodann das Budget für 1877/78 vorgelegt.

Die „Agence Russe“ bemerkt in entschiedener Weise die Journalnachrichten, daß Fürst Gortschakoff ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet habe. Jetzt habe die Armee das Wort, und dann werde an die Diplomatie die Reihe kommen.

Dem Vernehmen nach lehnte die Pforte das Gesuch einiger Völkischer ab, Holz zum Baue von Baracken für die Verwundeten über die Donau transportieren zu dürfen. Die Genfer Convention stehe dem Gesuche nicht zur Seite. Gegen die Entsendung von Ärzten über die Donau habe die Pforte nichts einzuwenden.

Eine Gesellschaft aus Bulgarien verfaßte an den Kaiser von Rußland ein Memorandum, in welchem die rumänische Verwaltung als eine noch viel schlechtere gekennzeichnet wird, als selbst die türkische Wirthschaft. Man ist darüber sehr betroffen und vollauf geneigt, in dieser anscheinend unbedeutenden Manifestation der Bulgaren in Rumänisch-Bessarabien einen Zug der Politik der langen Hand zu erblicken.

Zur Tagesgeschichte.

— Zum Putz in Siebenbürgen. Die Contrebande, welche den Behörden in Wien, Pest und Kronstadt in die Hände fiel, war zum großen Theile in England zur Verfrachtung aufgegeben und sollte via Wien an ihren Bestimmungsort spediert werden. Das Kriegsmaterial besteht aus Patronen, Martini-Gewehren, Säbeln, Bajonetten, Revolvern und aus verschiedenen andern Waffengattungen. Der Export geschah unter falscher Etiquette. Ebenso waren die Namen der Absender und der Adressaten fingiert. Auf der Nord- und Staatsbahn wurden die Sendungen, die nach Ungarn und Siebenbürgen abgehen sollten, confisciert, und auf der Nordwestbahn jene, die vom Auslande hierher befördert worden sind. Im ganzen wurden in Wien zwölf große Kisten mit Kriegsmaterial mit Beschlagnahme belegt und in den Zwischenstationen von Wien nach Kronstadt, auf

Grund telegraphischer Verständigung, sieben Kisten. Der Werth der auf den drei genannten Bahnen confiscierten Contrebande beziffert sich einer oberflächlichen Berechnung zufolge auf mindestens eine Viertelmillion Gulden. Die Erhebungen sowohl in Wien als auch in Pest sind noch in vollem Zuge. Der „Ellender“ ist bemüht, die ganze Affaire, namentlich aber die Zahl der confiscierten Waffen, als sehr übertrieben darzustellen: „Wenn aber eine so große Anzahl von Waffen wirklich confisciert wurde, so können wir kühn behaupten, daß diese Confiscation mit der Bewegung in Siebenbürgen in keinerlei Zusammenhang steht.“ Schließlich äußert das Blatt, daß es schon in sehr kurzer Zeit den ganzen Sachverhalt authentisch schildern werde. Dem „Egypter“ wird aus Hejas-Pascha (Siebenbürgen) unterm 30. v. M. telegraphiert: „Hier wurde eine riesige Menge Patronen confisciert; eine Untersuchung wurde noch nicht eingeleitet, steht aber wahrscheinlich bevor.“

— Zur Pariser Westausstellung. Die an der Pariser Route theilnehmenden sämmtlichen Bahnverwaltungen haben zur Erleichterung und Orientierung des Publikums beschlossen, einen ermäßigten direkten Tarif für diejenigen Gegenstände aufzustellen, welche zur Pariser Westausstellung gesendet werden. Dieser Tarif, der demnächst zur Einführung gelangen dürfte, soll neben den Tariffäßen auch noch die Normen präcificiren, unter welchen die Ermäßigung beim Hin- und Rücktransporte zur Anwendung gelangt, und dürfte infolge dessen schätzenswerthe Anhaltspunkte für die Aussteller bieten.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Personalmeldung.) Der Rechtspractikant Herr Dr. Jakob Kautz wurde zum Gerichts-Ausschütten in Krain ernannt.

— (Wünsche und Beschwerden.) Aus den verschiedenen Vorstädten kommt uns aus bewährten Quellen die gleichlautende Beschwerde zu, daß in den Nächten zum 1. und 2. d. M. die eingerückten Rekruten unter Anschluß von Mannschafteangehörigen die Straßen und Gassen der Vorstädte, namentlich die Bahnhof- und Petersstraße, durchstreifen und durch ihr hochbegeistertes Gejohle und Lärmen die Ruhe der Nacht in arger Weise stören. Man vermisse diesmal die Thätigkeit der gemischten städtischen und Militärpatrouillen. — Der Unfug, mit allerlei Flüssigkeiten von nicht immer aromatischem Dufte gefüllte Gefäße aus dem Fenster auf die Gasse auszuleeren, taucht seit kurzer Zeit in gewissen Stadttheilen wieder recht häufig auf. Vor einigen Tagen wurde eine ansehnliche Frau aus einem Zimmerfenster in der Spitalgasse mit einer recht ausgiebigen Füllung bedacht. Bezüglich beider Beschwerdepunkte wird um Abhilfe ersucht.

— (Das Postrittgeld für Krain) wurde für die Zeit vom 1. Oktober d. J. an bis Ende März 1878 für Extraposten und Separatfahrten mit 1 fl. 29 kr. für ein Pferd und die Distanz von einem Viertelmeile, gleich 10 Kilometer, festgesetzt.

— (Das erste Salonkonzert) findet heute abends im Glasalon der Kaffeehausrestauration statt. Die Militärmusikkapelle bringt unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Czansky folgendes Programm zur Aufführung: 1.) Ouverture „Le premier jour de bonheur“, von Aubert; 2.) „Musikalische Größe“, Walzer von Graf Württemberg; 3.) Fragmente aus der Oper „Lucia di Lammermoor“, von Donizetti; 4.) „I-Tüpfel“, Polka française von Strauß; 5.) Reminiscenzen aus der Operette „Seefahrt“, von Genée; 6.) „Liebes Runden“, Polka mazur von Fiechter; 7.) Ouverture „Prometheus“, von Beethoven; 8.) „La Serenade“, Valze Espagnole (neu) von Metra; 9.) „Ich kenne ein Aue“, Lied für Füllglocken von Reichardt; 10.) Potpourri aus der Operette „Reichthum“, (neu), von Strauß; 11.) Bonbittengalopp (neu), von Strauß; 12.) „Hoch mein Oesterreich“, Marsch von Rosenkranz.

— (Parlam.) Die Regiments-Musikkapelle spielt morgen um 4 Uhr nachmittags bei günstiger Witterung im Livoisipark nächst dem Schweizerhause. Das Programm lautet: 1.) Ouverture „Felsenmühle zu Ghaliers“, von Reisinger; 2.) Herrschrosen, Walzer von Strauß; 3.) Duett aus der Oper „Rigoletto“, von Verdi; 4.) Potpourri aus der Operette „Ciroli-Ciroli“, von Lecocq; 5.) „Du hörst, wie durch die Tannen“, Lied von Martha v. Löben; 6.) Reminiscenzen aus der Oper „Africana“, von Meyerbeer; 7.) Kaiser Franz Joseph-Marsch, von Bebr.

— (Aus den Nachbarprovinzen.) Am 29. v. M. nachmittags halb 2 Uhr wurde zu Neumarkt in Steiermark ein heftiger Erdstoß wahrgenommen. Die Erschütterung war bedeutend. Die Stöße haben sich wiederholt, und zwar um 3 Uhr nachmittags, um halb 8 Uhr abends, nachts um 11 Uhr und 1 Uhr, sowie um 5 Uhr morgens. Auch wurde ein unterirdisches Rollen wahrgenommen. Ungefähr vor zehn Tagen hat, wie die Grager „Tagespost“ erzählt, dort auch eine Erdschütterung stattgefunden, die nicht beachtet wurde. Seit acht Tagen sehr heiteres Wetter bei 4 Grad Kälte. — Das Städtchen Straßburg in Kärnten war in der Nacht zum 30. v. M. in Gefahr, ein Raub der Flammen zu werden, 5 Häuser sammt Wirtschaftsgebäuden wurden, nach Bericht der „Klagenfurter Ztg.“, eingeschert; beim Wischen des Brandes fehlten Leitern, Hacken, Wasserwagen, Gespann und Leute. — Die berühmte Ambrazer Sammlung in Eicoll soll aufgelassen und die einzelnen Gegenstände derselben werden, nach Materien gesondert, nach volendetem Bau der Museen in Wien dorthin übertragen werden. — Agram besitzt derzeit keine Militärmusikkapelle, deren Abgang tritt bei Konzerten und Vergnügungsabenden spürbar hervor.

— (Für Juristen, Gemeindebeamte und Geschäftleute.) Wir bringen hiemit zur Anzeige, daß von Dr. Willibald Müllers: „Rechtssbuch“ — ein verlässlicher, leicht verständlicher und praktischer Rathgeber in allen Angelegenheiten des bürgerlichen und öffentlichen Rechtes — die 14. und 15. Lieferung erschienen ist. Subscriptionen hierauf besorgt die hiesige Buchhandlung von Kleinmayr & Bamberg.

— (Landschaftl. Theater.) Laibach, 2. Oktober. Ad. Wilbrandt führt uns in dem Sensationsstücke: „Arria und Messalina“ zwei Frauen von ganz verschiedenen Charakteren vor. In „Arria“ sehen wir ein Weib voll selbstloser Hingebung und Treue gegenüber ihrem in Jahren weit vorgeklärten Ehegatten, unter einem jährlieh liebenden Mutter, deren patriotischer Stolz es jedoch nicht vertragen kann, daß ihr einziger Sohn ihrer größten Feindin, der habsburgischen Kaiserin „Valeria Messalina“, den sinnlichen Gelüsten dieses verfallenen Dämons, — daß ihr für Roms Freiheit begeisterter Gatte der Sinnelust und Rache dieses entarteten Weibes als Opfer fallen, sie gibt sich mit eigener Hand mit dem Stahle den Tod. „Valeria Messalina“, die schöne Gemalin des entnervten Kaisers Claudius, ein Weib, das den Dürst gemeinsamer Sinnelust in den Straßen und Gassen Roms stilt und die schönsten Jünglinge Roms in ihre verderbenbringende Nege zu ziehen weiß, erfährt nach verlebten Orgien und verübten Acten der Tyrannei den Bollzug des gerechten kaiserlichen Todesurtheils. Hervorragend tritt der infolge Verschwörung und Intriguen gefürzte Consul „Cecina Pätus“, ein für die Freiheit Roms begeisterter Patriot, ein, der von „Valeria Messalina“ zum Tode verurtheilt wird, jedoch vor der Vollstreckung des grausamen Gewaltspruchs durch einen Dolchstoß sich selbst dem Tode weicht. — An Sensationsstücken wahrlich kein Mangel, Wilbrandt schuf aus dem historischen Thema Schreckens- und Liebesbilder, Szenen, in welchen der Teufel der Rache, Szenen, in welchen der Gott der Liebe die Hauptrollen spielen. Unserer Bühne können wir auf Grund vorliegender Stimmen aus dem Publikum die Anerkennung nicht versagen, daß dieses Sensationsstück in jeder Beziehung gut aufgeführt wurde, die Hauptrollen „Arria“, „Valeria Messalina“, „Cecina Pätus“ und „Marcus“ befanden sich in eminenten Händen. Frau Dupré-Hasselwandler bewegte sich als „Arria“ in ihrem eigentlichen Fahrwasser. Schon ihre erste Begegnung mit „Valeria Messalina“ gab erfreuliches Zeugnis, daß die Rolle der treuesten Gattin, der innigsten Mutter, der stolzen, patriotischen und edlen Römerin einer besseren Bühnenkraft nicht zugetheilt werden konnte, Frau Dupré-Hasselwandler verfügt über sehr schätzenswerthe Bühneneigenschaften: imposante Gestalt, schönes Sprachorgan, warmes, begeistertes Gefühl und eine Rhetorik, die eine vorzügliche Schule verleiht; die ganze Erscheinung in Bild und Wort erinnerte an die seinerzeitige Wiener Hofschauspielerin Mettich. Als Mittelpunkt dieser Rolle bezeichnen wir die erste Szene mit „Messalina“, die sehr sympathisch ergebene Szene mit dem Gatten „Cecina Pätus“, den Austritt mit dem Sohne „Marcus“, dem die Vergiftung des „Marcus“ folgt, die Trauerzene vor der Leiche des „Marcus“ und die Schlussszene. Fräulein Anselm präsentierte sich als „Valeria

